

## Nach Amoklauf in Graz: Regierung plant drastische Maßnahmen!

Die österreichische Regierung plant nach dem Amoklauf in Graz ein Maßnahmenpaket, um Waffengesetze zu verschärfen und Schulpsychologie zu verbessern.



**Graz, Österreich** - Am 14. Juni 2025 erschütterte ein tragischer Amoklauf an einer Grazer Schule Österreich. Ein 21-jähriger eröffnete das Feuer auf Schüler und Lehrer und tötete dabei neun Schülerinnen und Schüler sowie eine Lehrerin. Innerhalb von nur sieben Minuten richtete der Attentäter verheerendes Unheil an, bevor er Suizid beging. In Reaktion auf dieses Massaker kündigte die österreichische Regierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket an, das die Sicherheit an Schulen erhöhen soll.

Das geplante Maßnahmenpaket, welches in der kommenden Woche beschlossen werden soll, wird von den Regierungsparteien ÖVP, SPÖ und Neos ausgearbeitet. Zu den

vorgesehenen Maßnahmen zählen unter anderem eine Verschärfung des Waffengesetzes. Diese soll strengere Eignungsvoraussetzungen für den Waffenbesitz und Einschränkungen des Zugangs zu Waffen für bestimmte Personengruppen beinhalten. Auch die Verbesserung des Datenaustauschs zwischen den Behörden wird thematisiert, um besser auf potenzielle Gefahren reagieren zu können.

## **Verbesserungen im Schulpsychologischen Bereich**

Ein weiterer wichtiger Punkt des Maßnahmenpakets ist die Aufstockung des schulpsychologischen Personals. Diese Initiative zielt darauf ab, Schülerinnen und Schülern eine bessere psychologische Betreuung zu bieten, was in Anbetracht des jüngsten Vorfalls von großer Bedeutung ist. Verpflichtende Gespräche mit Schulabbrechern und stärkere Monitoring-Maßnahmen für gefährdete Jugendliche sind weitere geplante Schritte. Psychologische Eignungstests sollen zudem aussagekräftiger werden, um sicherzustellen, dass nur geeignete Personen Zugang zu Waffen erhalten.

„Wir müssen alles daransetzen, dass sich ein solches Verbrechen nicht wiederholt“, erklärte ein Sprecher der Regierung und betonte die Dringlichkeit dieser Reformen. Der Umgang mit Waffengewalt ist nicht nur in Österreich ein brennendes Thema. Auch international, besonders nach dem Amoklauf an der Parkland Schule in Florida, wird mehr in die psychologische Betreuung von Schülern investiert. Dort planen die Behörden zusätzliche Mittel für Schulpsychologen bereitzustellen, um präventiv gegen Gewalt in Schulen vorzugehen. Diese Entwicklungen zeigen, dass die Frage der Waffenkontrolle und der psychologischen Unterstützung eng miteinander verknüpft sind.

## **Erste Reaktionen und kritische Stimmen**

Eine Initiative mit dem Namen #aufstehn hat bereits 77.704 Unterschriften für ein sofortiges Schusswaffenverbot gesammelt, was den öffentlichen Wunsch nach drastischen Maßnahmen untermauert. Kritiker der bisherigen österreichischen Waffengesetze bemängeln, dass diese zu den lockersten in Europa gehören. Mit über 1,5 Millionen registrierten Schusswaffen im Privatbesitz wird die Notwendigkeit einer Reform des Gesetzes als dringend nötig angesehen.

Die österreichische Regierung steht unter Druck, effektive Maßnahmen zur Prävention von Schussattentaten zu ergreifen und gleichzeitig die Sicherheit der Schüler zu gewährleisten. Es bleibt abzuwarten, wie die detaillierten Vorschläge in der kommenden Woche konkretisiert und umgesetzt werden. Der Vorfall in Graz hat die dringende Notwendigkeit solcher Reformen deutlich gemacht und könnte möglicherweise weitreichende Veränderungen im Umgang mit Waffengewalt und psychologischer Betreuung nach sich ziehen.

Links: [vienna.at](http://www.vienna.at), [derStandard](http://www.derstandard.at), [Deutschlandfunk](http://www.deutschlandfunk.de)

Details	
<b>Vorfall</b>	Amoklauf
<b>Ort</b>	Graz, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.vienna.at">www.vienna.at</a></li><li>• <a href="http://www.derstandard.at">www.derstandard.at</a></li><li>• <a href="http://www.deutschlandfunk.de">www.deutschlandfunk.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**